einem Abkommen gemacht, deren Ergebnis natürlich noch aussteht.

Die gestern preußischen Abgeordnetenhause zugegangene letzte Nachweisung über die Veranlagung zur Klassen- und klassifizierten Einkommensteuer für 1891/92, wie sie in dieser Form nicht weiter erscheinen wird, giebt auch einen interessanten Aufschluß über die räumliche **Verbreitung der Wohlhabenheit in Preußen.** Es ergiebt sich daraus, daß in den Provinzen Ostpreußen und Pommern, sowie in der Provinz Hannover mit Ausnahme des Stader Bezirks kein Einkommen von mehr als 300 000 ℳ zu veranlagen war. In der gleichen Lage waren die Regierungsbezirke Marienwerder, Frankfurt, Minden und Cassel. Im Regierungsbezirk Stralsund waren die höchsten veranlagten Einkommen von 96 000 bis 108 000 ℳ, im Regierungsbezirk Köslin von 72 000 bis 84 000 ℳ und im Regierungsbezirk Gumbinnen gar nur von 60 000 bis 72 000 ℳ.

Journal-Revue.

Zu den Aufgaben des bürgerlichen Gesetzbuchs führt der **Hamburgische Korrespondent** aus: „In richtiger Würdigung des Zeitgeistes, der in der Privatrechtssphäre mit vollstem Recht nach möglichst freier, nur durch die nothwendigsten Gebote des unumstößlichen Sittengesetzes und des öffentlichen Wohlstandes gemessenen freien Bewegung strebt, hat die neue Gesetzgebung Preußens das Anerbenrecht zum s. g. ergänzenden, dem freien Privatbelieben unterworfenen Recht gestellt, und etwas Anderes wird auch vom deutschen bürgerlichen Gesetzbuch Niemand verlangen, das füglich nicht weiter gehen kann, als daß es, wie jene Gesetzgebung, die Begründung des Anerbenrechts abhängig macht von einer freiwilligen zu bewirkenden, durch Löschung auf Antrag jeden Augenblick wieder wirkungslos zu machenden Eintragung in eine Rolle, neben der die unbedingte Befugniß des Besitzers des eingetragenen Hofes oder Gutes, über dieses unter Lebenden frei verfügen zu können, bestehen bleibt. Nur wenn das Vorhandensein solcher Gründe, wie es freilich die Motive des Entwurfs des bürgerlichen Gesetzbuchs thun, ernstlich müßten in Zweifel gezogen werden, würde eine Beseitigung des Anerberechts im künftigen Gesetzbuch eine eine Ueberfüllung an die Landesgesetzgebung für Ausnahmefälle gerechtfertigt sein. Können aber diese Zweifel nicht als berechtigt gelten, muß ihnen vielmehr entgegen gehalten werden, daß von der demokratischen und sozialistischen Strömung unserer Tage abgesehen, für das Anerberecht sprechenden Gründe des öffentlichen und Privatwohls außer aller Erörterung stehen, so haben wir nach dieser Richtung noch Folgendes zu bemerken: das Anerberecht soll nach der heute ihm zu Grunde liegenden gesetzgeberischen Absicht einen leistungsfähigen Stand mittlerer und kleinerer Grundbesitzer und damit gleichzeitig einen geordneten landwirthschaftlichen Betrieb in Gegenden erhalten, wo die Landwirthschaft die einzige oder absolut überwiegende Nahrungsquelle der Bevölkerung bildet. Es bandelt sich hierbei nicht allein um den sog. Bauernstand, sondern auch um weitere ländliche Kreise. Wenn ein Grund vorhanden ist, groß genug, um bei Naturaltheilung mehrere Familien zu ernähren, so liegt kein Grund vor, das Gut nicht zu theilen oder einem der Erben einen Vorzug vor den anderen einzuräumen. Erfüllt das Gut diesen Anspruch aber nicht, dann ist die Naturaltheilung unter den Erben offenbar zweckwidrig. Dann gilt von Grundbesitz, wie von jeder wirthschaft allein als Nahrungsweg in Betracht kommt. Ist in der Industrie ein Nebenverdienst gegeben, so ist die Naturaltheilung nicht unzweckmäßig, der industrielle Arbeiter erhält durch einen kleinen Grundbesitz eine wichtige Beihülfe zu seinem Erwerb und Beschäftigung für seine Familie; er wird an der Erhaltung des Bestehenden interessirt, und der Besitz verleiht ihm ein gewisses Selbstgefühl. Ist dagegen die Bevölkerung auf den Betrieb der Landwirthschaft beschränkt, so wird der Boden durch die fortgesetzte Naturaltheilung in einer einer natürlichen Bestimmung widersprechenden Weise behandelt. Er büßt allerdings von seinem Preise nichts ein, allein er ist mit Arbeitskräften überlastet, die er nicht mehr ernährt; er hat in dieser Beziehung eine gewisse Aehnlichkeit mit den juristisch unbeilbaren Sachen. Das Bauernland, Landgüter von bestimmter Größe in Gegenden ohne Industrie bei Intestaterbfolge zu theilen, erscheint demnach für sich allein nicht als Verletzung der Gleichberechtigung der gesetzlichen Erben."

Die „Schlesischen Zeitung" wird von hier geschrieben: „Gegenüber der Behauptung, daß zwei Minister gegen den Gesetzentwurf des Kultusministers Grafen Zedlitz über die Volksschulen im Ganzen gestimmt hätten, und daß einer dieser Minister der Finanzminister Dr. Miquel gewesen sei, können wir nur bemerken, daß davon in Kreisen, die wohl bei so ernsten Differenzen unterrichtet sein würden, durchaus nichts bekannt ist. Es wäre ganz natürlich, wenn in einzelnen Punkten eines so umfassenden Entwurfes, der neben den Unterrichtsfragen die Stellung der Lehrer, den Haushalt der Gemeinden, die Staatsfinanzen 2c. so nahe berührt, Meinungsverschiedenheiten unter den Ministern obgewaltet hätten. Deshalb brauchten die in einzelnen Punkten dissentirenden Minister noch nicht gegen den Entwurf im Ganzen zu stimmen. Thatsächlich wird die Verantwortung für die Vorlage von dem Staatsministerium in seiner Gesammtheit getragen, und ein ablehnendes Votum einer Minderheit, die, obgleich überstimmt, daraus doch keine Veranlassung nähme, die Verantwortung in der einzig wirksamen Form des Scheidens aus der Ministerstellung abzulehnen, könnte immer nur auf ein gewisses persönliches Interesse Anspruch machen. Die Behauptung, daß Dr. Miquel gegen den Entwurf gestimmt habe, sucht man durch den Hinweis auf seine liberale Vergangenheit zu unterstützen. Aber Dr. Miquel ist gerade in konfessionellen Angelegenheiten, die doch im vorliegenden Falle zunächst in Betracht kommen, niemals Kulturkämpfer, niemals liberal in parteipolitischem Sinne gewesen, sondern bat unter seinen früheren Parteigenossen in der Behandlung der Kirchen, der katholischen wie der protestantischen, immer eine besondere Stellung eingenommen. Es ist deshalb die Annahme gerechtfertigt, daß er sich wegen des Volksschulgesetzes mit seinem Kollegen Grafen Zedlitz in keinem Gegensatze befinde. Das Rathen auf den anderen Minister, der mit dem Gesetzentwurf worden sein soll, hat erst recht keinen Zweck."

Zur Würdigung unserer Marine und gegen etwaige Abtriche an ihrem Etat veröffentlicht Graf Eckbrecht v. Dürkheim in der „Kreuzzeitung" eine Darlegung, in der er es als eine nationale Pflicht bezeichnet, den unabweisbaren Forderungen unseres Reichs-Marineamtes mit mehr Bereitwilligkeit entgegen zu kommen, als es bisher geschehen, und daß wir uns an unserer Marine zu erbereichen und daß wir uns an unserer Marine zu erbereichen mit materiellen Fragen halber, verhindern würden, wenn wir den Vollzug unserer so dringlichen Flottenrekonstruktion verzögern und verlangsamen wollten. Von einem Nivalisiren mit Flotten erster Größe wie denjenigen Englands und Frankreichs könne uns solle gar keine Rede sein. „Wohl aber", fährt der Verfasser fort, „bedürfen wir einer Flotte, welche uns die unbedingte Herrschaft in der Ostsee, welche uns den Rang der Vormacht unter deren Uferstaaten sichert. Die deutsche Flotte muß durch Zahl und Qualität ihrer Schlachtschiffe — Offensivflotte! — stark genug sein, um mit Gewißheit auf den Sieg selbst über die vereinigten Marinen weiter der übrigen Staaten im Ostseebecken rechnen zu können! Dies ist ein Ziel, welches durchaus im Verhältniß zu sämmtlichen bei uns obwaltenden und ausschlaggebenden Bedingungen steht! Wir sind demselben bereits erheblich nahe gekommen, wenn unser gegenwärtiges Flottenbauprogramm ausgeführt sein wird, und wir werden es erreicht haben, wenn nach dessen Vollendung die uns noch verbleibenden veralteten Schiffe allmälig (— natürlich! je schneller, je besser!) durch neue und vollentsprechende ersetzt sein werden. Hierbei kommt uns zu Gute, daß wir im Ganzen dadurch an Zahl der Schiffe sparen können, daß nach Vollendung des Nord-Ostsee-Kanals, also nach 1895 durch rascher Wechsel des Operationsgebietes Hilfsschiffe bald in der Nord-, bald in der Ostsee verwendet werden können, während Deutschland ohne diese Sachlage in jedem der beiden Meeresgebiete eine gesonderte starke Flotte unterhalten müßte! Diesen strategischen, aber auch volkswirthschaftlich unschätzbaren Vortheil können wir indessen nur dann ganz ausnutzen, wenn die geringere Zahl von Schiffen, deren wir so bedürfen, und wenn deren Ausrüstung ausschließlich allererster Güte sind. Ein Grund mehr, die alten schleunigst zu ersetzen und die bisherigen Arbeiten an der Flotte zu fördern! Wir müssen uns in Deutschland darüber keiner Täuschung hingeben, daß eine nicht genügend gepflegte Marine nicht leistungsfähig und dann allerdings zu theuer ist, andererseits uns auch jeder Gegner auch an den Kanälen gewähren, in unserer Flotte eine vollgültige Helferin zur Durchführung der vaterländischen Gesammtvertheidigung zu sehen, deren Stärke unsere Bündnißfähigkeit erhöht und kleinere Gegner abschreckt, sich wider uns mit anderen zu verbinden. Rückhaltlos eingesetzt im Sinne der großen offensiven Kriegführung, wird sie im Zusammenwirken mit unserer Landarmee, der sie ja die Sorge für die Sicherung der vaterländischen Küsten fast gänzlich abnimmt, dann aber auch alle gebrachten finanziellen Opfer reichlich lohnen! Möge unser Reichstag daher sparen, wo er wolle und kann, keinesfalls aber an den Forderungen unseres Marineetats Streichungen oder Kürzungen vornehmen!"

Parlamentarisches.

* Die Kommission des Reichstags zur Vorberathung des von den Abgeordneten Dr. Bartz, Rickert eingebrachten Gesetzentwurfs, betreffend Abänderungen und Ergänzungen des **Wahlgesetzes** für den Reichstag, vom 31. Mai 1869 besteht aus den Abgeordneten Auer, Schriftführer, Dr. Bartz, Frigen (Koblenz), Gröber, Hahn, v. Hellmann, Dr. v. Magnabden, Stellvertreter des Vorsitzenden, Dr. Meyner, Schriftführer, Mundel, Pickert, Prinz von Ratibor, Vorsitzender, Spahn, v. Steinau-Steinrück und Wengel.

* Dem Herrenhause ist die Uebersicht der von der Staatsregierung gefaßten Entschließungen auf Anträge und Resolutionen des Herrenhauses aus der Session von 1890 91 zugegangen.

* Soeben ist ein mit bewährter Gründlichkeit von dem Bureaudirektor des Hauses der Abgeordneten, Geheimen Regierungsrath Kleinschmidt abgefaßter Nachtrag zu dem im Januar 1889 herausgegebenen Handbuch für das preußische Haus der Abgeordneten erschienen. Dasselbe enthält die Geschäftsordnung für das Haus, die Verfassungsurkunde, Wahlvorschriften und Verzeichnisse, biographische Nachrichten, Liste der seit dem Januar 1889 erledigten, durch Wiederwahl nicht erneuerten Mandate und verschiedene Statistiken. Die Zusammensetzung des Hauses ist jetzt folgende: Die konservative Partei zählt 125, die Zentrumspartei 98, die nationalliberale 84, die freikonservative 66, die deutschfreisinnige 27, die Polen 14 Mitglieder; bei keiner Partei sind 14 Abgeordnete, erledigt sind 5 Mandate.

Deutsches Reich.

Münster, 21. Januar. Der Provinziallandtag der Provinz Westfalen ist zum 7. Februar d. J. hierher berufen worden.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

* **Wien,** 19. Januar. Zu den bevorstehenden Verhandlungen über die Valutafrage läßt die „Presse" sich folgendermaßen vernehmen:

Dr. Wekerle trifft morgen hier ein. Der Reise des ungarischen Finanzministers nach Wien ist diesmal eine besondere Wichtigkeit beizumessen, denn ihr Zweck gilt ernsten Berathungen der beiden Finanzminister über die Valutaregulirung. Seitdem Dr. Steinbach an der Spitze der österreichischen Finanzverwaltung steht, ist er wiederholt mit seinem ungarischen Kollegen zusammengetroffen und bei diesen Anlässen hat auch die Frage der Regelung unserer Valuta den Gegenstand der Diskussion gebildet. Allein es handelte sich bisher in Bezug auf diese Frage lediglich um Vorparteien, um einen zwanglosen Meinungsaustausch, um eine allgemeine Klärung der beiderseitigen Anschauungen. Nunmehr aber hat es allen Anschein, daß das Problem der Valutaregulirung aus dem obsten Stadium in jenes der Berathung über die praktischen, auf die Lösung dieses Problems bezüglichen Fragen treten solle. Wie uns von autoritativer Seite mitgetheilt wird, ist diesmal die Valutaregulirung offiziell auf die Tagesordnung der morgen beginnenden Ministerkonferenzen gestellt worden. Die beiden Finanzminister werden daher in offizielle Verhandlungen über diese Frage eintreten. Man muß allerdings, wenngleich es wahrscheinlich ist, daß die beiden Minister in den wiederholt gepflogenen Vorparteien die Uebereinstimmung ihrer Auffassungen in Betreff so mancher prinzipieller und Detailfragen feststellen konnten, sich vor Augen halten, daß in Bezug auf eine Reihe von wichtigen Punkten des Durchführungsprogramms diese Uebereinstimmung wohl erst herbeizuführen sein werde und daß unter diesen Punkten sich solche befinden dürften, welche für die Lösung des Problems der Valutaregulirung von entscheidender Bedeutung sind. Und da können wir nicht umhin, hervorzuheben, daß in Bezug auf den Umfang und die Wichtigkeit der auszutragenden Fragen diess- und jenseits der Leitha zum Theil ein ziemlich verschiedenes Maß, welcher jedes Gebiet unterschätzen gewiß ist. Man braucht nur die hervorstechendsten Frage Revue passiren zu lassen, um zur Erkenntniß zu gelangen, welche Summe von Arbeit die Aufstellung des betreffenden Programms der Valutaregulirung erfordern wird. Zu den wichtigsten Aufgaben gehört die Fixirung der Relation. Man mag im Prinzipe darüber einig sein, daß die Relation sich den bestehenden Verhältnissen möglichst nähere; es bleibt aber dessenungeachtet die Grundlage der Berechnung und die ziffermäßige Feststellung der Relation eine delikate Frage. Es ist ferner die Vereinbarung über die neue Münzeinheit, über das Verhältniß des Papier- und Silberumlaufes zur Geldzirkulation zu treffen, mit welcher die Frage der Einziehung der Staatsnoten und die Höhe des Geldbedarfes im Zusammenhange stehen. Es braucht nicht besonders betont zu werden, daß hiermit die Verständigung über die Höhe des aufzunehmenden Valuta-Anlehens, über die Repartirung desselben auf beide Reichshälften in Verbindung steht, in welcher Zeit den Verhandlungen endlich wohl auch die Konsequenzen der Valutaregulirung auf die nicht in Gold verzinslichen Staatsschulden in Erwägung gezogen werden dürften. Schließlich müssen die beiden Finanzminister jene Maßnahmen in Diskussion ziehen, welche dem Abfluße des Goldes wirksam vorbeugen sollen, und damit wird die Mitwirkung der Oesterreichisch-Ungarischen Bank nicht nur bei der Durchführung der Valutaregulirung, sondern auch in Zukunft als Regulator des Geldwesens den Gegenstand von Beschlüssen der Regierungen und von Verhandlungen derselben mit dem Notaninstitut zu bilden haben, welche auch eine entsprechende Modifikation des Bankstatuts im Gefolge haben werden. Die Bankfrage steht sonach mit der Valutaregulirung in untrennbarem Zusammenhange, und es ist nur zu billigen, daß, welche diese Frage in dem Programm der Valutaregulirung einnimmt, erklärlich, daß Dr. Wekerle in der vorgestern vor seinen Wählern gehaltenen Rede derselben eine besondere Würdigung zu Theil werden ließ. Die Regelung unseres Geldwesens, welche seit längerer Zeit auf der Tagesordnung der Diskussion steht, tritt nunmehr in eine neue, dieses Problem seiner Verwirklichung näher bringende Phase. Man darf sich nicht verhehlen, daß die Lösung der Aufgaben, deren hervorragendste Momente wir flüchtig haben, in allen ihren Details, schon vom formell verhandlungstechnischen Gesichtspunkte aus betrachtet, als eine schwierige, nicht in wenigen Tagen zu bewältigende erscheint, daß sie neben der Entschlossenheit und Energie die größte Umsicht erfordert. Aber es ist ein erhebendes Bewußtsein, konstatiren zu können, daß die finanzielle Konsolidirung Oesterreich-Ungarns gestattet, das hochwichtige Projekt der Valutaregulirung zu schreiten. Die Bevölkerung wird mit um so größerer Beruhigung die weitere Entwicklung der großen finanzpolitischen Aktion abwarten, als sie in der Person der beiden Finanzminister, die bei der Beratung und Vorbereitung dieser Vorbereitungen, alle Garantieen dafür besitzt, daß diese Aktion auch in ihrem ferneren Verlaufe das Ziel unentwegt, aber ohne Ueberstürzung im Auge behalten werde, die Valutaregulirung in einer allen Interessen entsprechenden Weise ihrer schließlichen Vollendung zuführen.

Aus Wien, 20. Januar, schreibt man uns:

„Die Abstimmung über die Handelsverträge im Abgeordnetenhause hat den Schein der Vollständigkeit des Erfolgs, den die Aktion der Handelsverträge für Staat und Regierung in sich schließt. Eine Majorität von 254 gegen eine Minorität von 42 Stimmen zählt in den Annalen unseres Parlaments statistisch zu den seltenen Erscheinungen, und sie ist nur dann möglich, wenn das Interesse der Gesammtheit seine gebieterische Macht erweist, und wenn die allgemeinen Ueberzeugungen die Partei gegenüber zum Schweigen bringen. Der Erfolg ist der sich in dieser Richtung äußer macht, kommt allerdings auch in der Abstimmung über die Handelsverträge zum Ausdruck. Mit gebebenen Gefühlen darf es begrüßt werden, daß gerade bei den Handelsverträgen das Moment der Einigung so unmittelbar sich manifestirt. Es ist damit ausgesprochen, daß der politische Gedanke der Handelsverträge mit den Gesinnungen der Völker harmonirt, und daß die Bündnißfähigkeit der Staaten auch zu Völkerbündnissen gewonnen hat. Die Opposition sehen nur verbunden zu sein um den Sieg der Regierung noch deutlicher zur Erscheinung zu bringen. Ein auch nur oberflächlicher Blick auf die siebentägige Debatte des Abgeordnetenhauses muß Jeden zu der Ueberzeugung bestimmen, daß die Verhältnisse weit hoffnungsvoller gestaltet haben, als nach den allgemeinen Voraussetzungen irgendwie erwartet werden konnte. Die Opposition zeigte im Ganzen nur, daß ihr die gebundene Marschroute ihrer Programme jede Aktionsfreiheit raubt. Die Negation war in diesem Falle eine im höchsten Grade undankbare Arbeit, sie hatte nicht einmal den Schein der Popularität für sich und im Interesse der Opposition wäre es bisemal gelegen gewesen, nicht hervorzutreten zu sein. Namentlich in den beiden letzten Tagen der Debatte konnten jene Elemente der Opposition, die zur deutsch-österreichischen Allianz sich bekennen, kaum mehr das Gefühl verbergen, daß sie zu einer undankbaren Rolle verurtheilt sind. Es ist ein Glück für sie, daß sie ihre Reden, mit den Zungtschechen zu geben. Nach der Rede des Handelsministers war in der Debatte nichts Neues mehr zu sagen und nur die Polemik gegen die Opposition brachte die ersteinzelne Auffrischung. Während der ganzen langen Debatte wurden die Anforderungen der parlamentarischen Würde nicht verletzt, was in unserer Zeit viel bedeuten will. Die einigende Kraft des Staatsgedankens, daß ist der große Erfolg dieser Debatte für die innere Politik. Die Gegensätze, ob sie aus der Nationalität oder einem Parteiprogramm sich ableiten, sind da, wo sie sich nicht dem Staatsgedanken unterordnen, nur das Eigenthum einer Minorität, welche Mühe genug haben wird, den bisherigen Besitzstand zu bewahren, welche aber an die Eroberung weiterer Kreise nicht mehr denken kann. Die Straße zur Einigkeit, die in Oesterreich so schwer zu finden war, sie scheint endlich geöffnet zu sein, und damit ist auch die glücklichste Gewährleistung für die Zukunft gegeben."

Schweden.

* **Stockholm,** 18. Januar. Laut Bekanntmachung in der amtlichen „Postzeitung" hat der König vorgestern, „da seine Gesundheit wieder hergestellt ist, so daß er sich im Stande fühlt, sich mit Regierungsangelegenheiten zu befassen, die Verwaltung des Reiches wieder übernommen". In dem an demselben Tage gehaltenen Staatsrath wurde zugleich beschlossen, daß der König selbst übermorgen den Reichstag eröffne. Das amtliche Blatt meldet als Ursache, weshalb die Eröffnung bis dahin verschoben werde, die sowohl bei den Mitgliedern des Staatsraths wie bei Beamten der Departements seit einiger Zeit herrschende Kränklichkeit, welche auf den Fortgang der Arbeiten innerhalb der Departements hinderlich einwirkte.

Der König empfing vorgestern auch die Abordnungen der beiden Kammern, die unter Leitung ihrer Alterspräsidenten, des Hofmarschalls Reutersvärd und des Freiherrn Fock, in der erstmaligen Zusammenkunft, jede 12 Mitglieder stark, gewählt worden waren, und bezeichnete ihnen als Sprecher für die Erste Kammer den gewesenen Staatsrath von Ehrenheim und den Grafen Sparre (welcher Letztere wegen Krankheitsfalls noch nicht eingetroffen ist), für die Zweite den Redakteur des in Malmö erscheinenden „Sydsvenska Dagblad", Dr. Karl Herslow, und den Hofbesitzer auf Oeland A. P. Danielsson. Die Sprecher der Ersten Kammer sind dieselben, wie in der vorjährigen Tagung; Herslow ist an die Stelle des ausgeschiedenen Landeshauptmanns Rüding getreten. Herr Ehrenheim machte seiner Kammer nur eine kurze Bemerkung über die wichtigen Fragen, mit denen der Reichstag sich zu befassen hätte; Herr Herslow erklärte, daß er nur mit großem Bedenken den Posten des Sprechers angenommen hätte, da einerseits seine Parteigenossen es undern sähen, daß er mitten im Streit ihre Reihen verlassen hätte, andererseits die Mitglieder der Gegenpartei ihn vielleicht mit Mißtrauen betrachteten. Er hätte indeß aus verschiedenen Angeichen geschlossen, daß der Streit, welcher bisher hauptsächlich die Mitglieder theilte, jetzt, wenn er auch nicht ausgeglichen würde, doch seine frühere Schärfe und vorherrschende Bedeutung verlieren würde. Als Neuling in seinem Amte nahm er die Nachsicht der Kammer in Anspruch, und er schloß mit der Hoffnung, daß gegenseitige Achtung und Wohlwollen zu einer dem Vaterlande gedeihlichen Verhandlung führe und ein immer ersteres, frischeres und glücklicheres Gesellschaftsleben fördere. Von der Ersten Kammer fehlen wegen Krankheit 13 Mitglieder; überhaupt aber war beim Aufrufe kaum die Hälfte der Abgeordneten anwesend; von der Zweiten Kammer fehlten bloßen zehn.

Der Hofmarschall Reutersvärd wünschte in der Begrüßungsrede, die er als Alterspräsidenten hielt, daß in die Blätter der Reichstagsgeschichte ein einiger Beschluß des Reichstags von 1892 über eine derartige Entwickelung und Ordnung unserer Vertheidigungskräfte eingeschrieben würde, die uns mit Ruhe der Zukunft entgegensehen ließ. Mit jedem Tage rücken wir der Stunde näher, wo die Kriegsfackel ihre Verheerungen über den ganzen Weltheil ausbreite; möchten wir da nicht so vertheidigungslos dastehen, wie jetzt, und möge nur der Vorwurf gegen diese Kammer gerichtet werden können, daß sie in dieser Beziehung ihre Pflicht versäumt habe! Eine Armeeorganisation wäre übrigens nicht fertig an dem Tage, wo sie vom Reichstage beschlossen worden, es würde viel Zeit und viel Geld dafür erfordert; das letztere würde, auf mehrere Jahre vertheilt, als geringere Last empfunden werden. Gegenüber allen anderen Fragen müsse die der Vaterlandsvertheidigung die erste und die letzte sein.

Die Parteistellung der Reichstagsmitglieder ist schon am Sonnabend in einer wichtigen Beziehung klar geworden, indem die ältere Landmännerpartei, welche dem Freihandel huldigt, die ihr von Neuem angetragene Verbindung mit der neuen, von Danielsson geleiteten schutzzöllnerischen zurückgewiesen hat. Beide Parteien haben wieder ihre besonderen Vertrauensmänner gewählt und halten getrennte Zusammenkünfte. Eine andere Partei in der Zweiten Kammer ist das Zentrum, hauptsächlich aus Abgeordneten der Städte bestehend. Mehrere demokratische Stockholmer Abgeordnete haben sich demselben zeitweilig angeschlossen, und suchen das Zentrum nach einer von ihnen gebildeten Linken heranzuziehen, die mit der älteren Landmännerpartei zusammengehen soll. Diese Linke ist zunächst militairfeindlich.

Rußland.

Seit vor mehreren Tagen aus polnischen Blättern die unbestätigt gebliebene Nachricht in die Oeffentlichkeit gelangte, der Generalgouverneur von Polen, General Gurko, solle aus seiner Stellung abberufen werden, wird dessen Persönlichkeit in Zeitungen und Korrespondenzen stark in den Vordergrund gestellt.

Aus Berlin.

6. Die gestrige Sitzung der Stadtverordneten wurde vom Vorsteher Dr. Strock mit geschäftlichen Mittheilungen eröffnet. Erster Gegenstand der Tagesordnung war die Berathung über den Antrag Singer und Genossen, betreffend den Erlaß eines Ortsstatuts in Bezug auf die Beschäftigung von Gehülfen, Lehrlingen und Arbeitern an Sonn- und Festtagen; mit diesem Antrag wurde verbunden die Berathung über die Vorlage des Magistrats — zur Kenntnißnahme — betreffend die Ausführung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe zu Berlin.

Der Stadtv. Singer erbeilt das Wort, um seinen Antrag, welcher folgenden Wortlaut hat: „Die Versammlung wolle den Magistrat ersuchen: in Gemäßheit des § 105 b Absatz 3 der Gewerbeordnung den Entwurf eines Ortsstatuts vorzulegen, durch welches in Berlin, von dem Zeitpunkt an, an welchem die Bestimmungen des § 105b in Kraft treten: 1. die Beschäftigung von Gehülfen, Lehrlingen und Arbeitern im Handelsgewerbe an Sonn- und Festtagen in Bank- und Engrosgeschäften ganz untersagt wird und 2. die Beschäftigung von Gehülfen, Lehrlingen und Arbeitern im Handelsgewerbe an Sonn- und Festtagen in Detailgeschäften und sonstigen Verkaufsstellen auf zwei Stunden eingeschränkt wird, mit der Maßgabe, daß die Beschäftigung Vormittags um 10 Uhr beendet sein muß," zu begründen. Zuerst wandte sich Redner gegen die Vorlage des Magistrats, die zu einer Zeit der Stadtverordnetenversammlung übergeben wurde, wo gerade aus der Mitte derselben ein Antrag vorbereitet wurde. Redner nannte dies Verfahren rücksichtslos und wurde vom Vorsteher auf das Unbeholfene dieses Ausdrucks verwiesen. Dann führte Redner aus, daß Niemand in Berlin benachtheiligt werden würde, wenn dieses von ihm beantragte Ortsstatut erlassen wird und daß dasselbe sehr gut durchgeführt werden könne. Im Uebrigen könne er versichern, daß es mit der Sonntagsruhe in Bank- und Engros-Geschäften nicht weit her sei. Stadtrath Eberty erklärte darauf, daß er auf den agitatorischen Theil der Rede des Vorredners nicht antworten werde. Bis jetzt habe der Magistrat einen Gesichtspunkt verfolgt und zwar den der Gesetzlichkeit und der Gerechtigkeit gegen Alle und nicht gegen Einzelne. In Berlin bestehen Geschäfte, welche am Sonntag gerade die Hälfte ihrer Einnahmen einer Woche einnehmen und solchen Geschäften durch Annahme dieses verfehlten Ortsstatuts das Handwerk zu legen, sei ungerechtlich und ungerecht. Man solle doch warten, bis die neue Gewerbegesetznovelle Resultate gezeitigt hat, auf Grund dieser man weiter beraten könne. Stadtv. Meyer I konnte es nicht verstehen, warum jetzt die Sozialdemokraten für die Bankbeamten und Handlungsgehülfen eintreten, die doch im Allgemeinen ein gutes Leben führen. Redner trat den Ausführungen des Stadtrathes Eberty bei und beantragte, den Antrag Singer einem Ausschusse zur Vorberathung zu überweisen. Darauf wurde der Schluß der ersten Berathung beantragt und angenommen. Die Versammlung erhob alsdann den Antrag Meyer auf Einsetzung eines Ausschusses zum Beschluß.

Die Vorlage, betr. die Uebernahme der über die Gefälle des Zentral-Viehhofes führenden Fußgängerbrücke seitens der Stadtgemeinde wurde genehmigt. Es soll von den Kosten einer höheren Bauvorschrift auf dem Grundstücke Badstr. 22 wurde genehmigt und beschlossen, daß die Turnhalle daselbst breiter, als projektirt, hergestellt wird.

Stadtv. Mielenz begründete seinen Antrag, betr. die Bestimmung, daß durch die Bauämter der Gemeinde Weißensee in der Greifswalderstraße herbeigeführten unhaltbaren Zustandes und beantragte, da der Antrag eine Geldbewilligung in sich schließt, denselben einem Ausschuß zur Vorberathung zu überweisen. Der Antrag wurde von der Versammlung angenommen.

Die Vorlage, betr. das Regulativ für die Einreihung der Lehrer an den höheren städtischen Schulen in die Dienstalterslisten wurde zur Berathung und Beschlußfassung über das Normal-Besoldungs-Etatsausschusse überwiesen. Die Vorlage, betr. den Verkauf des Grundstücks Kaftanien-Allee 81, sowie einer Fläche des Grundstücks daselbst Nr. 80 zu Gemeindezwecken wurde angenommen und die Sitzung um 4½ Uhr geschlossen.

* Zur Feier des Geburtstags Sr. Majestät des Kaisers findet, wie im vorigen Jahre, das Festdiner des Großen Generalstabes im Monopolhotel statt.

* Die Prüfungskommission für die Prüfung der Apothekergehilfen während der Jahre 1892 bis 1894 besteht aus dem Reg.- und Med.-Rath Dr. Wernich als Vorsitzenden, aus den Apothekenbesitzern Koblisk und Medizinalassessor Dr. Schacht hierselbst als Mitgliedern. Als Stellvertreter sind bestimmt: der Medizinalassessor Dr. Meyner und der polizeiliche Stadtphysikus Sanitätsrath Dr. Schulz für den Vorsitzenden; der Apothekenrevisor Hobe und der Apothekenbesitzer Jancke, hier, für die obengenannten Mitglieder.

---

dt. Dem unablässigen Grübeln und Sinnen der Herren Gebrüder Castan, etwas Neues, noch nicht Dagewesenes den Besuchern ihres Panoptikums zu bieten, ist es dieser Tage gelungen, eine neue Illusion zu ersinnen, welche in „Die fliegende Hexe" betitelt ist. Nachdem sich die Besucher in dem zu allerlei Vorführungen bestimmten Saale des ersten Stockwerks versammelt haben, hebt sich der Vorhang einer flexiven Bühne und auf einer Kugel stehend, steigt eine selten schöne junge Dame, deren Kostüm ihre plastischen Körperformen voll zur Geltung gelangen läßt, in der Hand eine Geige haltend, vor unseren Blicken aus dem Abgrunde hervor und entleckt, nachdem jene Kugel zurück in die Versenkung gegangen, scheinbar frei im Raume schwebend, ihrem Instrumente dem Ohre sich einschmeichelnde Melodieen. Selbst das schärfste Auge vermag auf der im vollsten Glanze des elektrischen Lichtes erfrischenden Bühne keinen Deckt aber sonst etwas Verdächtiges zu entdecken, das der Hexe Erscheinen und sich während des Spiels um ihre Achse drehenden jungen Dame einen Halt zu geben vermöchte. Auf geheimnißvolle Weise wird dieselbe endlich unseren Blicken wieder entzogen, indem sie mit dem Kopfe voran unterst, in den Abgrund hinunterstürzt, um den sie kurz vorher auf die oben beschriebene Weise emporgestiegen. Wie dies scheinbare Wunder zu erklären sei, bleibt ein Geheimniß der Herren Castan, das aufzuhellen sich wohl die meisten Besucher vergeblich bemühen werden.

* Herr Ritz, der Erbauer des von uns jüngst geschilderten Kladderadatsch, welches bezweckt, die reine Stimmung sowohl theoretisch wie praktisch bis zur Musik einzuführen, wird von der nächsten Woche ab sein Instrument am Montag, Mittwoch und Freitag von 6—6½ Uhr im Hörsaal der Urania den Besuchern vorführen. Es sei erwähnt, daß nach dem System Ritz ein großes Instrument für die hiesige Universität erbaut wird.

* (Vergnügungen.) Das im Zirkus Renz morgen stattfindende Jubiläum der 125. Aufführung des Wasserschauspieles bringt eine neue Ueberraschung, indem ein Piquet des Leib-Garde-Husarenregiments die Tote des reizenden Okkupationskorps „auf Helgoland" nehmen wird. In der Sonntag-Nachmittag-Vorstellung gelangen „Die Touristen" zur Aufführung. Das morgige Karneval-Ballfest im Wintergarten läßt eine außerordentlich rege Theilnahme voraussehen. — Beim Aufgang zum Passage-Panoptikum unter den Linden hat vor Kurzem eine neue, aus der Künstlerhand des Bildhauers Neumann hervorgegangene plastische Gruppe Aufstellung gefunden. Der Faschingszeit entsprechend, versetzt und die Szene mitten in das Treiben des Karnevals. Wir müssen hinter der Szene einen Maskenball versetzt, um die Scharwenzel-Gesellschaft in ein lauschiges Kabinet zurückgezogen hat, um bei Austern und Sekt von den Strapazen des Tanzes auszuruhen. Das üppige Souper ist beendet, der jüngere der beiden Herren in der Uniform Teufelsmaske sitzt bequem lehnend in seinem Stuhl, vom Champagner überwältigt. Der ältere Herr, der über den Gesellschaftsrock einen seidenen Domino geworfen hat, und eine junge Dame geben ihrem Ergötzen über den Zustand des Schlafenden Ausdruck. Im Aquarium hat die Vorhalle seines Eingangs von der Schadowstraße mit einem Gemälde geschmückt, in dem Herr Posener schildert, wie einer Nereide die Schätze des Meeres dargebracht werden.

th. Die Gründung eines Zentralverbandes kaufmännischer und industrieller Vereine in Berlin ist zur Zeit auf Anregung des Vorstandes der Berliner Schirmfabrikanten im Gange. Da das Vorgehen der einzelnen Vereine in Zoll- und postalischen Fragen, in der Frage der Sonntagsruhe 2c. nicht den wünschenswerthen Eindruck gemacht hat, soll eine Art freiwilliger Handelskammer bezw. eine Zentralschutz bei kaufmännischen und industriellen Vereine gebildet werden. Berlin hat keine Handelskammer. Man ist der Meinung, daß das Aeltestenkollegium der Berliner Kaufmannschaft nicht die entsprechende kaufmännische Vertretung ist, da in ihm Bankiers und einzelne Großindustrielle sitzen und der kleine Industrielle und Kaufmann in Berlin gar nicht zu Wort kommt. Das Bestreben des angestrebten Zentralverbandes soll deshalb in hervorragendem Maße darauf gerichtet sein, daß das Aeltestenkollegium eine andere, mehr dem Zweck entsprechende Zusammensetzung erhält.

* Die Besitzergreifung des Kaiser-Bazars durch den Konkursverwalter geschah, dem „Konkett." zufolge, am Freitag Nachmittag. Er nahm Besitz von den Baarbeständen, Wechseln 2c. löste die Arbeitshäuser auf, gerichtet sie lediglich Aufnahme der Inventur an, welche von gerichtlichen und privaten Sachverständigen vorgenommen wird und bewirkte die Kündigung des gesammten Personals (400 Personen). Die von den Gläubigern eingesetzte Prüfungskommission steht dem Konkursverwalter bei allen wichtigen Fragen zur Seite.

* Gegen das Urtheil des Gerichtshofes im Prager-Schecken-Prozesse wird, laut der „Voss. Ztg.", Revision eingelegt und soll damit begründet werden, daß einer der Geschworenen nicht im Besitz der preußischen Staatsangehörigkeit, sondern noch österreichischer Unterthan sei. Ferner soll die Anwaltskammer zu dem Verhalten des Landgerichtsdir